

Frau  
Nicolette Kressl, MdB  
Stellvertretende. Vorsitzende  
der SPD-Bundestagsfraktion  
Platz der Republik 1

11011 Berlin

Elberfelder Str. 77  
42853 REMSCHEID  
Postfach 10 03 62  
42803 REMSCHEID

Telefon 0 21 91/4 38-21  
Telefax 0 21 91/4 38-79  
e-mail fwi@werkzeug.org  
Internet www.werkzeug.org

30. April 2004  
LI/Re

Sehr geehrte Frau Kressl,

wir bedanken uns sehr herzlich für Ihr Antwortschreiben vom 14.04.04.

Wir unterstreichen noch einmal, dass auch wir eine gute Ausbildung von Fachkräften für die deutschen Bürger, die Volkswirtschaft und mithin auch für die deutschen Betriebe für sehr wesentlich halten. Wir stimmen also mit Ihnen in der Zielsetzung überein. Wir sind weiter auch Ihrer Meinung, dass es an der Zeit ist, auf politischer Ebene aktiv zu werden und zu handeln.

Der Dissens liegt unseres Erachtens in der Definition von „Symptom“ und „Krankheit“.

Unsere Sicht der Dinge ist die, dass die deutsche Volkswirtschaft wegen eines international nicht wettbewerbsfähigen Handlungsrahmens (zu hohe Lohnnebenkosten, Arbeitsrecht, Tarifmonopole, zu hohe Steuern, Bürokratie und Recht) unter Schwindsucht leidet (seit über 10 Jahren das am langsamsten wachsende BIP pro Kopf in der EU und - bis auf Japan - unter allen Industrieländern der Welt: Das heißt auch relativ sinkender Wohlstand des einzelnen Bürgers: Anlage 1).

Da nun zur Schwindsucht (an vielen Stellen, u.a. auch auf dem Ausbildungsmarkt) noch Magenbeschwerden hinzukommen, verordnet die Bundesregierung Rhizinusöl. Wir glauben zu wissen, wie sich das auf die Schwindsuchterkrankung auswirken wird: Sie wird schlimmer! Erwartungsgemäß wird das Rhizinusöl sich nicht einmal auf die Magenbeschwerden positiv auswirken: Siehe beiliegende Veröffentlichung über eine Befragung des IWD (Anlage 2): Die befragten Wirtschaftsbetriebe werden nicht mehr, sondern weniger Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Die Auswirkungen der deutschen „Schwindsucht“ auf die deutsche Werkzeugindustrie sind dramatisch:

Während der Umsatz der amerikanischen Werkzeugindustrie von 1991 bis 2000 um 75% wuchs, waren es bei der deutschen nur 13%, d.h. inflationsbereinigt etwa  $\pm 0$ .

Der Hintergrund:  
Der Bedarf an Werkzeug ist

a) stark konjunkturabhängig und hängt

b) an der Zahl der Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe. (Ähnlich wie die Zahl der Ausbildungsplätze)

zu a):

Konjunktur Deutschland zu USA : Wachstum des BIP in USA + 65% in 10 Jahren, Deutschland + 15%.

zu b):

Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe seit 1991

Deutschland -15,1%, Rest-EU + 8,8%.

Gleichzeitig zu diesem realen Nullwachstum stiegen die Personalkosten im Metalltarif von 1992 bis 2002 um 60,6%. Dies auf der Basis der bereits kürzesten Arbeitszeiten und der höchsten Lohnnebenkosten der Welt.

Da ist es natürlich konsequent,

- wenn ein Teil unserer Mitglieder durch Konkurs, Liquidation oder Unternehmensverkauf aus dem Wettbewerb ausscheidet;
- das andere die Fertigung ins Ausland verlagern: Bei einer IHK-Befragung in der „Metallstadt“ Remscheid gaben über 50% der Mitglieder an, in den nächsten 3 Jahren (ihre) Fertigung ins Ausland verlagern zu wollen. Damit sinkt auch das Potenzial an Ausbildungsplätzen.

Die Gefahr ist sehr konkret, dass die Schwindsucht in Deutschland in den nächsten Jahren durch weiter wachsende Arbeitslosenzahlen etc. galoppiert.

Was die Wirtschaft dieses Landes - und hier speziell die Werkzeugindustrie - braucht, ist deshalb Lebertran, kein Rhizinusöl. Denn von dieser Wirtschaft leben wir alle mit Arbeitseinkommen, Arbeitsplätzen, Steuern und eben Ausbildungsplätzen.

Lebertran für Wirtschaft, Wohlstand, Arbeits- und Ausbildungsplätze ist Deregulierung, Liberalisierung und Entstaatlichung. Die liberalsten Volkswirtschaften der Welt, wie z.B. Irland, USA und Neuseeland hatten auch den größten Wohlstandszuwachs in den letzten 10 Jahren der westlichen Industrieländer.

Es ist auch erst 15 Jahre her, dass die zentralen Planwirtschaften des ehemaligen Ostblocks mit ihrer wirtschaftlichen Totalkontrolle ihre Regierungen zum Teufel gejagt haben und nun versuchen, in der weltweiten Marktwirtschaft Anschluss an den Wohlstand der westlichen Industriestaaten zu finden.

Für Arbeits- und Ausbildungsplätze braucht es Kapitalgeber (der Ausdruck „gesellschaftliche Gruppe“ des Bundesverfassungsgerichtes ist unseres Erachtens insofern irreführend, als es sich vielfach um Aktiengesellschaften und internationale Konzerne handelt, die einer deutschen „gesellschaftlichen Gruppe“ nicht zuzuordnen sind), die es als attraktiv empfinden, in Deutschland (statt in den Nachbarländern) zu investieren.

Das werden sie dann tun, wenn

- a) die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und
- b) die Erwartungshaltung für die Zukunft hier positiver ist als anderswo.

Dies war in den letzten 30 Jahren in Deutschland nicht der Fall. Unter anderem dadurch wurden z.B. im verarbeitenden Gewerbe seit 1991 in Deutschland 15,1% Arbeitsplätze abgebaut, während im Rest der EU 8,8% geschaffen wurden.

Nur wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland attraktiver werden, wird es mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze geben. Das Instrument der Ausbildungsabgabe erhöht aber die Regelungsdichte und ist insofern „Rhizinusöl“ für Wirtschaft, Arbeitsplätze und Wohlstand.

Gibt es auch „Lebertran“, der gezielt auch hilft, Ausbildungsplätze auszureizen?

- Das könnte z.B. eine Senkung der Ausbildungsvergütungen in einigen Branchen sein. Es gibt Branchen (z.B. Erzieher), die gar keine Ausbildungsvergütung kennen. In anderen (z.B. der Metallindustrie) sind die Vergütungen in den letzten Jahren kräftig gestiegen.
- Die Bindung des Azubi an den Betrieb für z.B. 3 Jahre, um den „Return on Investment“ für den Ausbildungsaufwand sicherzustellen.

Weiterer „Lebertran“ könnte sein:

- Die seit fast schon Jahrzehnten angekündigte und für mehr Arbeitsplätze in Deutschland dringend notwendige Senkung der Lohnnebenkosten;
- eine Verlängerung der Arbeitszeit (vor allem in der Metallindustrie);
- eine völlige Entrümpelung des grotesk überregulierten deutschen Arbeitsmarktes.

Die zuletzt genannten drei Maßnahmen werden in Deutschland automatisch mehr Arbeitsplätze, mehr Wohlstand und mehr Ausbildungsplätze schaffen.

Sie sind aber auch Voraussetzung hierfür.

Mit freundlichen Grüßen

FACHVERBAND WERKZEUGINDUSTRIE e. V.  
Der Geschäftsführer

Langelüddecke

Anlagen